

Geschäftsverteilungsplan des Bundesfinanzhofs für das Geschäftsjahr 1980

A. Sachliche Zuständigkeit der Senate

I. Senat

1. Körperschaftsteuer,
2. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben M bis Z,
3. Einkommensteuer (einschließlich Steuerabzug vom Kapitalertrag und Lohnsteuer) von natürlichen Personen und einheitliche Gewinnfeststellung im Sinne des § 215 AO a.F. sowie gesonderte Feststellung im Sinne des § 6 der Verordnung über die Zuständigkeit im Besteuerungsverfahren vom 3. Januar 1944 (RGBl. I S. 11) und gesonderte Feststellung im Sinne des § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a und b AO 1977, soweit es sich um Fälle der beschränkten Steuerpflicht und um Fragen des Außensteuergesetzes und der Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen handelt und wenn die sich daraus ergebenden Fragen allein oder überwiegend zu beurteilen sind. Stehen andere Rechtsfragen von allgemeiner Bedeutung im Vordergrund, so ist der sonst nach dem Geschäftsverteilungsplan zuständige Senat zuständig,
4. Einheitliche Gewinnfeststellung im Sinne des § 215 AO a.F. und gesonderte Feststellung im Sinne des § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a AO 1977, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb von Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben N bis Z,
5. Gewerbesteuer in den Fällen der Nummern 1 bis 4,
6. Steuerabzug vom Kapitalertrag (einschließlich Pauschsteuer nach § 6 Abs. 2 (§ 5 Abs. 2 ab 1. Januar 1977) des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer) in den Fällen der Nummer 1,
7. Zerlegung der Körperschaftsteuer,
8. Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen nach § 50a EStG,
9. Gesonderte Feststellung im Sinne des § 55 Abs. 5 EStG in Verbindung mit § 179 Abs. 1 AO 1977, in den Fällen der Nummern 1, 2 und 4,
10. Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen nach § 18 Außensteuergesetz.

II. Senat

1. Erbschaft- und Schenkungsteuer,
2. Grunderwerbsteuer,
3. Kapitalverkehrsteuern,
 - a) Gesellschaftsteuer,
 - b) Wertpapiersteuer,
 - c) Börsenumsatzsteuer,
4. Kraftfahrzeugsteuer,
5. Rennwett- und Lotteriesteuer,
6. Versicherungssteuer,
7. Feuerschutzsteuer,
8. Wechselsteuer,
9. Rentenbankgrundschuldensachen,
10. Ostmakumtauschabgabe (Berlin),
11. Umstellung und Erstattung von Reichssteuern aus der Zeit vor dem 8. Mai 1945 (Berlin),
12. Spielbankabgabe,
13. Vergnügungsteuer,
14. Hundesteuer.

III. Senat

1. Einheitsbewertung und Bodenschätzung,
2. Vermögensteuer,
3. Grundsteuer,
4. Lastenausgleichsabgaben,
5. Landwirtschaftskammerbeiträge, Landwirtschaftskammerumlagen, Landwirtschaftskammerabgaben nach landesgesetzlichen Vorschriften,
6. a) Beförderungsteuer,
b) Straßengüterverkehrsteuer,
7. Investitionszulagen.

IV. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
 - b) Einkünfte aus selbständiger Arbeit,
2. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb für natürliche Personen mit den Anfangsbuchstaben A bis C,
3. Einheitliche Gewinnfeststellung im Sinne des § 215 AO a.F. und gesonderte Feststellung im Sinne des § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a AO 1977, soweit es sich handelt um Einkünfte
 - a) aus Land- und Forstwirtschaft und aus selbständiger Arbeit für alle Personengesellschaften,
 - b) aus Gewerbebetrieb nur für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben A bis M,
4. Gesonderte Feststellung im Sinne des § 6 der Verordnung über die Zuständigkeit im Besteuerungsverfahren vom 3. Januar 1944 (RGBl. S. 11) und gesonderte Feststellung im Sinne des § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b AO 1977,
5. Gewerbesteuer in den Fällen zu Nummer 2 bis 4,
6. Zerlegung der Einkommensteuer,
7. Gesonderte Feststellung im Sinne des § 55 Abs. 5 EStG in Verbindung mit § 179 Abs. 1 AO 1977
 - a) in den Fällen der Nummern 1, 2, 3 und 4
 - b) mit Anträgen gemäß § 55 Abs. 5 EStG in anderen als den unter Buchstabe a aufgeführten Fällen, soweit nicht der I. oder der VIII. Senat zuständig ist.

V. Senat

1. Umsatzsteuer ausschließlich der Ausgleichsteuer und der Einfuhrumsatzsteuer,
2. Sonderumsatzsteuer nach dem Absicherungsgesetz,
3. Getränkesteuer.

VI. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
 - b) Sonderausgaben gemäß §§ 10, 10b, 10c EStG
 - c) Zusammenveranlagung mit Kindern (insbesondere § 27 EStG 1963 und vorher),
 - d) Tarifvorschriften der §§ 32 bis 32c EStG 1951 bis 1975, auch soweit die Zusammenveranlagung von Eheleuten wegen der Anwendung des Splittingtarifs streitig ist,
 - e) Außergewöhnliche Belastungen

soweit nur diese Fragen streitig sind,

2. Lohnsteuer, ausgenommen Nummer 3 beim I. Senat und Nummer 1 Buchstabe c beim VIII. Senat,
3. Zerlegung der Lohnsteuer,
4. Kirchensteuer,
5. Wohnungsbauprämien,
6. Sparprämien,
7. Bergmannsprämien,
8. Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer,
9. Vergünstigung für Arbeitnehmer in Berlin (West) nach dem Gesetz über Steuererleichterungen und Arbeitnehmervergünstigungen in Berlin (West) und nach den Berlinhilfe(-förderungs)-Gesetzen.

VII. Senat

1. Zollrecht (einschließlich Zolltarif),
2. Abschöpfungsrecht (einschließlich Abschöpfungstarif),
3. Ausgleichsabgaben und Ausgleichsbeträge,
4. a) Ausgleichsteuer,
b) Einfuhrumsatzsteuer und Vergütung nach dem Absicherungsgesetz,
5. Ausfuhrabgaben und Ausfuhrerstattungen,
6. Produktionserstattungen, Abgaben im Rahmen von Produktionsregelungen, Einfuhrsubventionen zu Zwecken des Preisausgleichs sowie Erzeuger- und Käuferprämien (§ 29 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen),
7. Biersteuer,
8. Branntweinsteuer,
9. Brandweinausgleichsabgabe,
10. Essigsäuresteuer,
11. Gemeindeeinfuhrsteuer auf der Insel Helgoland,
12. Kaffeesteuer,
13. Leuchtmittelsteuer,
14. Mineralölsteuer
15. Salzsteuer,
16. Schaumweinsteuer,
17. Spielkartensteuer,
18. Tabaksteuer,
19. Teesteuer,
20. Zuckersteuer,
21. Zündwarensteuer,
22. Branntweinmonopol,
23. Zündwarenmonopol,
24. Abgabenordnung, Finanzgerichtsordnung und Steuerberatungsgesetz bei Streitigkeiten wegen
 - a) öffentlich-rechtlicher und berufsrechtlicher Angelegenheiten nach dem Steuerberatungsgesetz (§ 33 Abs. 1 Nr. 3 FGO),
 - b) Aufrechnung, wenn der Rechtsstreit ausschließlich die Aufrechnung betrifft (§ 226 AO 1977, § 124 AO a.F.),
 - c) Abrechnungsbescheide (§ 125 AO a.F.) und Verwaltungsakte nach § 218 Abs. 2 AO 1977, wenn die Steuerfestsetzungen nicht bestritten sind,
 - d) Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln und Verwaltungsakten, die nach § 328 AO 1977, § 202 AO a.F. erzwingbar sind,
 - e) Beitreibungsfragen (Rechtmäßigkeit von Pfändungen, Unpfändbarkeit von Gegenständen usw.), ausgenommen Arrestanordnung und Arrestvollzug,
 - f) Steuergeheimnis, wenn nur Fragen des Steuergeheimnisses umstritten sind,
 - g) Kosten, ausgenommen Streitigkeiten allein über den Streitwert,
 - aa) auf Grund von Kostenansätzen und Kostenfestsetzungen durch die Kosten- und Urkundsbeamten bei den Finanzgerichten und beim Bundesfinanzhof, ausgenommen Streitigkeiten über die Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung,
 - bb) auf Grund von Kostenfestsetzungen durch die Finanzbehörden (§§ 256, 257 AO a.F.),

- cc) im Rahmen von Kostenfestsetzungsverfahren, die landesrechtlich geregelt sind, soweit der Finanzrechtsweg für die Hauptsache eröffnet ist,
- h) einstweiliger Anordnung, wenn kein Zusammenhang mit einer Steuer oder einem steuerrechtlichen Feststellungsverfahren besteht,
- i) Entbindung vom Amt als ehrenamtlicher Richter.

VIII. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für natürliche Personen mit den Anfangsbuchstaben D bis L,
 - b) Einkünfte aus Kapitalvermögen,
 - c) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (auch im Lohnsteuerermäßigungsverfahren, sofern in diesem Verfahren diese Einkünfte der Höhe nach streitig sind),
 - d) sonstige Einkünfte,
 - e) Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns (§ 10a EStG),
 - f) Verlustabzug (§ 10d EStG),
2. Gesonderte Feststellung der Einkünfte aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und der sonstigen Einkünfte,
3. Gewerbesteuer in den Fällen zu Nummer 1 Buchstabe a,
4. Steuerabzug vom Kapitalertrag, soweit nicht der I. Senat zuständig ist; Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen,
5. Gesonderte Feststellung im Sinne des § 55 Abs. 5 EStG in Verbindung mit § 179 Abs. 1 AO 1977 in den Fällen der Nummer 1 Buchstabe a.

Großer Senat

Fälle des § 11 Abs. 3 und 4 in Verbindung mit § 184 Abs. 2 Nr. 5 FGO.

Anmerkungen

I. Ausnahmeregelungen

1. Abweichend von der vorstehenden Geschäftsverteilung hat ein Senat auch über eine ihm nicht zugeteilte Steuerart mit zu entscheiden, und zwar
 - a) in den Fällen, in denen die Vorinstanz verschiedene Steuerarten in einer Entscheidung zusammengefaßt hat und keine materiell verschiedenen Rechtsfragen streitig sind,
 - b) in den Fällen, in denen die Vorinstanz nach Steuerarten getrennte Entscheidungen getroffen hat, aber nur eine Rechtsfrage streitig ist, über die einheitlich entschieden werden muß.

In diesen Fällen ist für die gesamte Sache der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die Steuerart mit dem höchsten Streitwert fällt.

2. Wenn der I., IV. oder VIII. Senat für Fälle zuständig ist, in denen Schätzungen von Einkünften dem Grunde oder (und) der Höhe nach streitig sind, so sind diese Senate auch zuständig, soweit in diesen Fällen die Schätzungen neben Einkünften auch den Umsatz betreffen. Ist außer über die Schätzung noch über eine andere umsatzsteuerliche Frage zu entscheiden, so ist hinsichtlich der Umsatzsteuer — auch wegen der Schätzung des Umsatzes — der V. Senat zuständig.

II. Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem I., IV., VI. und VIII. Senat

1. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, von denen einer die Höhe des gewerblichen Gewinns betrifft, ist der I., IV. oder VIII. Senat zuständig.
2. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, aber ohne den Streitpunkt nach vorstehender Nummer 1, von denen einer die Höhe des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft oder aus selbständiger Arbeit betrifft, ist der IV. Senat zuständig.
3. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, aber ohne Streitpunkte nach vorstehenden Nummern 1 und 2, von denen einer die Einkünfte aus Kapitalvermögen, die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, die sonstigen Einkünfte, die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns oder den Verlustabzug betrifft, ist der VIII. Senat zuständig.

4. Ist die Art der Einkünfte oder die Art der Ausgaben streitig, richtet sich die Zuständigkeit nach der Sachentscheidung der Vorinstanz. Hat diese über die Art der Einkünfte nicht entschieden, so richtet sich die Zuständigkeit nach der Entscheidung der Behörde.
5. Ergibt sich die Zuständigkeit weder nach den Zuständigkeitsregelungen für Einkommensteuer bei dem I., IV., VI. oder VIII. Senat noch nach vorstehenden Ausnahme- und Abgrenzungsregelungen, so ist der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die überwiegenden Einkünfte fallen.
6. Sofern die Geschäftsverteilung in Fällen der einheitlichen Gewinnfeststellung eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, wird sie wie folgt vorgenommen:
 - a) Trägt die Firmenbezeichnung Familiennamen, so ist immer der erste Buchstabe des ersten Familiennamens maßgebend,
 - b) in den übrigen Fällen ist immer der erste Buchstabe der Firmenbezeichnung maßgebend.
7. Sofern die Geschäftsverteilung bei natürlichen Personen eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, richtet sich die Zuständigkeit in den Fällen, in denen der Steuerpflichtige verstorben oder in Konkurs gefallen ist oder einen Steuererstattungsanspruch abgetreten hat, nach dessen Familiennamen und dessen Verhältnissen (vgl. Nummer 5).
8. In Haftungsfällen richtet sich die Zuständigkeit nach dem Namen des Steuerschuldners, in dessen Person die Steueransprüche entstanden sind.
9. Hat eine Streitsache die Aussetzung der Vollziehung eines Einkommensteuerbescheides zum Gegenstand, dem ein negativer Gewinnfeststellungsbescheid zugrunde liegt, so ist, sofern die Aussetzung der Vollziehung mit der Begründung begehrt wird, das Finanzamt habe zu Unrecht den Erlass eines positiven Gewinnfeststellungsbescheides abgelehnt — vorbehaltlich der rechtlichen Zulässigkeit einer solchen Vollziehungsaussetzung —, der Senat zuständig, der über die Anfechtung des negativen Gewinnfeststellungsbescheids zu entscheiden hätte.

III. Reichsabgabenordnung (AO), Abgabenordnung 1977 (AO 1977) und Finanzgerichtsordnung (FGO)

1. Die Fachsenate entscheiden über Fragen der Reichsabgabenordnung, der Abgabenordnung 1977 und der Finanzgerichtsordnung, soweit nicht die Zuständigkeit des VII. Senats (Nummer 24 des Aufgabengebiets des VII. Senats) gegeben ist. Das gilt auch hinsichtlich solcher Verfahren, die sich zwar aus dem Hauptverfahren ergeben, mit diesem aber in keinem sachlichen Zusammenhang stehen (z. B. wegen Ordnungsstrafen gegen nicht erschienene Zeugen).
2. Sind mehrere Streitsachen desselben Steuerpflichtigen anhängig, so ist zur Entscheidung zuständig
 - a) über Nichtzulassungsbeschwerden (§ 115 Abs. 3 FGO) der für die Sachfrage berufene Senat (Anmerkungen zum Geschäftsverteilungsplan Abschnitt I Nr. 1, 2),
 - b) soweit ausschließlich über Fragen der Reichsabgabenordnung der Abgabenordnung 1977 und der Finanzgerichtsordnung zu befinden ist, über die einheitlich entschieden werden muß (z. B. Wiederaufnahme des Verfahrens, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Rechtsmittelverzicht), der Senat, in dessen Aufgabengebiet die Steuerart mit dem höchsten Streitwert fällt (Anmerkungen zum Geschäftsverteilungsplan Abschnitt I Nr. 1).
3. Die Säumniszuschläge werden — wie bisher — von den Senaten behandelt, die für die einzelnen Steuern zuständig sind.
4. Streitigkeiten über die Anordnung einer
 - a) überwiegend Veranlagungssteuern umfassenden Betriebsprüfung (§§ 162, 193 AO a.F.) bzw. Außenprüfung (§§ 193 ff. AO 1977) entscheidet der zuständige Ertragsteuersenat,
 - b) eine einzelne Steuerart betreffende Prüfung (z. B. USt-Sonderprüfung) der für die jeweilige Steuerart zuständige Fachsenat.

IV. Anwendung des Geschäftsverteilungsplans

In Fragen der Geschäftsverteilung, die im Geschäftsverteilungsplan nicht geregelt sind, oder bei Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Senaten über Fragen der Geschäftsverteilung entscheidet das Präsidium.

B. Besetzung der Senate mit Vertretungsregelung

I. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Meßmer

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Beisse

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Woerner

Richter am Bundesfinanzhof Pfeiffer

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Geist

Richter am Bundesfinanzhof Andersen

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Groh

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Woerner, Pfeiffer und Andersen

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Keßler

für die Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Beisse und Dr. Geist

II. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Rid

Regelmäßige Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Günther

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Heise

Richter am Bundesfinanzhof Loose

Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Hofmann

Richter am Bundesfinanzhof Padberg

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richter am Bundesfinanzhof Morbach

für die Richter am Bundesfinanzhof
Heise, Loose und Padberg

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Löwe

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Günter und Dr. Hofmann

III. Senat

Vorsitzender:

Präsident des Bundesfinanzhofs Prof. Dr. List

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Förger

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Hauter

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Ebling

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Keßler

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richter am Bundesfinanzhof Andersen

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Förger und Dr. Ebling

Richter am Bundesfinanzhof Heise

für die Richter am Bundesfinanzhof
Hauter und Keßler

IV. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Nissen

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Stendel

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Leingärtner

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Schmidt

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwendy

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Groh

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Geist

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Stendel, Dr. Leingärtner und Prof. Dr. Schmidt

Richter am Bundesfinanzhof Dr. von Bornhaupt

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Schwendy und Dr. Groh

V. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sigloch

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Linder

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Prugger

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Weiß

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Löwe

Richter am Bundesfinanzhof Wachweger

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richter am Bundesfinanzhof Padberg

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Prugger, Prof. Dr. Löwe und Wachweger

Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Hofmann

für die Richter am Bundesfinanzhof
Linder und Dr. Weiß

VI. Senat

Vorsitzender:

Vizepräsident des Bundesfinanzhofs Knopp

Regelmäßige Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Grimm

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. von Bornhaupt

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Offerhaus

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Seeliger

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Keßler

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwendy

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Offerhaus, Dr. Seeliger und Dr. Keßler

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Woerner

für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Grimm und Dr. von Bornhaupt

VII. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Gräber

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwarz

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Mann

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Dänzer-Vanotti

Richter am Bundesfinanzhof Morbach

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Beermann

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richter am Bundesfinanzhof Wachweger
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Schwarz und Dr. Dänzer-Vanotti

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Offerhaus
für die Richter am Bundesfinanzhof
Mann, Morbach und Dr. Beermann

VIII. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Döllerer

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Schellenberger

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Ernst
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Hermstädt
Richter am Bundesfinanzhof Erdweg
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wollny

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Seeliger
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Ernst und Dr. Wollny

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Ebling
für die Richter am Bundesfinanzhof
Schellenberg, Dr. Hermstädt und Erdweg

Großer Senat

Vorsitzender:

Präsident des Bundesfinanzhofs Prof. Dr. List

Vertreter:

Vizepräsident des Bundesfinanzhofs Knopp

Bestellte Mitglieder und bestellte Vertreter:

1. Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Döllerer
Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Schmidt

2. Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Nissen
Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Schellenberger
3. Richter am Bundesfinanzhof Dr. Grimm
Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Leingärtner
4. Richter am Bundesfinanzhof Prof. Beisse
Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Woerner
5. Richter am Bundesfinanzhof Erdweg
Vertreter: Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Gräber
6. Richter am Bundesfinanzhof Dr. Offerhaus
Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Loose

Fallen ein Mitglied und sein Vertreter aus, so treten an deren Stelle die nächstfolgenden Vertreter, an die Stelle des Vertreters Nummer 6 der Vertreter Nummer 1.

Anmerkungen

1. Nach welchen Grundsätzen die Mitglieder an den Verfahren mitwirken, bestimmen die Vorsitzenden der Senate (§ 21 g Abs. 2 GVG).
2. Fehlt bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern bei einer Sitzung ein Richter, so tritt an seiner Stelle der an sich für diese Sitzung nach der Regelung des Vorsitzenden des Senats ausgeschlossene Richter. Fehlen bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern zwei Richter, so tritt der Vertreter des dienstältesten fehlenden Richters an dessen Stelle.
3. Im Falle der Verhinderung eines regelmäßigen Vertreters tritt der zweite für Mitglieder des gleichen Senats bestimmte regelmäßige Vertreter für ihn ein. Ein regelmäßiger Vertreter ist auch dann verhindert, wenn er von dem Senat, in dem er Mitglied ist, gleichzeitig zu einer Sitzung außerhalb des regelmäßigen Sitzungstages beansprucht wird. Im Falle der Verhinderung beider regelmäßiger Vertreter bestimmt der Präsident des Bundesfinanzhofs den dienstjüngsten, verfügbaren Richter zum Vertreter.
4. Für den Fall der Verhinderung des Vorsitzenden des Senats und dessen Vertretung durch den regelmäßigen Vertreter gilt dieser als fehlend.

C. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

Mitglieder kraft Gesetzes

1. der Präsident des Bundesfinanzhofs
2. die Vorsitzenden der beteiligten Senate des Bundesfinanzhofs

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großer Senat, bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

II. Mitglieder durch Entsendung

- | | |
|--|---|
| I. Senat: | Vertreter: |
| Richter am Bundesfinanzhof Dr. Woerner | Richter am Bundesfinanzhof Dr. Geist |
| II. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Heise | Richter am Bundesfinanzhof Loose |
| III. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Hauter | Richter am Bundesfinanzhof Dr. Ebling |
| IV. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Dr. Leingärtner | Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwendy |

V. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Linder	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Prugger
-----------------------------------	--

VI. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Grimm	Richter am Bundesfinanzhof Dr. von Bornhaupt
--------------------------------------	--

VII. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Mann	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Dänzer-Vanotti
---------------------------------	---

VIII. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Schellenberg	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Ernst
---	--------------------------------------

Großer Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Beisse	Richter am Bundesfinanzhof Erdweg
---	-----------------------------------

Ist auch der namentlich benannte Stellvertreter des zu entsendenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters (nächstälteste) in den Gemeinsamen Senat ein.